

Sehr geehrte Frau Simone Wendland, sehr geehrter Herr Stefan Nacke,

das Verfassungsgericht bezeichnete in seinem wegweisenden Brokdorf-Beschluss Versammlungen als „ein Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren“. 40 Jahre später legt die von ihrer Partei geführte Landesregierung die Axt an diese Grundsätze. Und zwar mit dem neuen Versammlungsgesetz:

So sollen voraussetzungslos **Übersichtsaufnahmen** (beispielsweise per Drohne oder Hubschrauber) zulässig sein und unter bestimmten Voraussetzungen auch **verdeckte Ton- und Videoaufnahmen**. Zudem sollen Anmelder:innen von Versammlungen zukünftig umfangreiche Angaben machen, werden zur Kooperation mit der Polizei gedrängt und müssen unter Umständen sogar die **persönlichen Daten der Ordner:innen** an die Polizei übermitteln.

Durch die **Aushöhlung der Polizeifestigkeit** der Versammlung und die Befugnis zur voraussetzungslosen Errichtung von **Kontrollstellen** kann zukünftig der Zugang zu Versammlungen durch die Polizei erheblich erschwert oder gar unterbunden werden.

Allein die Vermutung, dass Personen eine Versammlung stören wollen, könnte ausreichen, dass die Polizei sie und ihre **Sachen durchsucht**, ihre **Identität feststellt und ihnen untersagt, an der Demonstration oder Gegenkundgebung teilzunehmen**.

Auch antifaschistische Gegenproteste werden durch ein **erweitertes Störungsverbot** erschwert. **Einheitliche Kleidung**, wie sie u.a. in der Klimagerechtigkeitsbewegung als Teil des Meinungsausdrucks getragen wird, kann mit dem **sog. Militanzverbot** kriminalisiert werden. Progressive Ideen, wie z.B. eine Abschaffung des strafbewehrten Vermummungsverbot oder eine unabhängige Beobachtung der Polizeieinsätze finden sich nicht im Entwurf.

Auch **zentrale Prinzipien der Verfassungsrechtsprechung wurden nicht aufgenommen**: etwa ein Deeskalationsgebot, die Ermöglichung von Gegenprotesten in Hör- und Sichtweite und die Pflicht für Zivilpolizist:innen, sich zu erkennen zu geben.

Der ganze Gesetzestext atmet Misstrauen gegen Bürger:innen, die ihre Versammlungsfreiheit wahrnehmen.

Ich fordere Sie als die Direktmandatsträger:innen unserer Stadt auf, gegen dieses Versammlungsgesetz zu stimmen und sich der wahren Probleme unserer Zeit anzunehmen, statt diejenigen zu kriminalisieren, die auf die herrschenden Missstände hinweisen.

Des weiteren können Sie sich gewiss sein, dass ich auch in Zukunft Teil der Eingangs beschriebenen ursprünglichen-ungebändigten unmittelbarer Demokratie sein werde, um den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren.

Mit Kämpferischen Grüßen